

(Minister Dr. Zöpel)

(A) dafür, daß das auch auffallen kann. Und insoweit sind Sie nützlich.

(Heiterkeit bei der SPD)

Ich schließe damit, daß ich mich im Bereich der Bäume und des Obstes bewege. Ich wünsche Ihnen allen, so Sie das wollen, einen schönen Weihnachtsbaum mit gesunden Äpfeln. Ich bin der Auffassung, wir sollten das Aufstellen von Weihnachtsbäumen und das Daranhängen von Äpfeln

(Hardt (CDU): Haben Sie auch einen?)

- ja - nicht untersagen, obwohl hin und wieder schon einmal ein Weihnachtsbaum verbrannt ist. Und genauso sollten wir Obstbäume an Landstraßen nicht verbieten, obwohl schon einmal ein Apfel an der falschen Stelle runtergefallen ist. Fröhliche Weihnachten!

(Beifall bei der SPD - Heiterkeit bei allen Fraktionen)

Präsident Denzer: Ich habe mich davon überzeugt: Zum Einzelplan 11 liegen tatsächlich keine Wortmeldungen mehr vor. Ich schließe die Beratungen.

Ich lasse abstimmen. Wer dem Entwurf des Einzelplans 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr - entsprechend der Beschlußempfehlung unseres Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 10/2631 zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Die Gegenprobe! - Danke schön. Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 11 in zweiter Lesung angenommen.

(B)

Ich rufe nunmehr auf:

Einzelplan 04: Justizminister

In die Beratungen werden der Änderungsantrag Drucksache 10/2693 und der EntschlieBungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2702 einbezogen.

Ich eröffne die Beratung. Das Wort hat Herr Abg. Dr. Klose von der Fraktion der CDU.

Dr. Klose (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Freude machen die Haushaltsberatungen in diesem Jahr nicht, und zwar nicht etwa deshalb, weil wir zu dieser Stunde noch beraten müssen. Das halte ich letzten Endes noch für zumutbar. Andere müssen länger arbeiten als wir.

(Allgemeine Zustimmung)

Aber sie machen deshalb keine Freude, weil an der Vielzahl der EntschlieBungsanträge, die gestellt werden, deutlich wird, daß der Handlungsspielraum, den das Parlament hat, sich immer weiter verengt und nur noch wenige Möglichkeiten offenbleiben, sei es für die Regierungsfraktion, sei es für die Fraktionen in der Opposition, überhaupt Anträge mit einem sachlichen Hintergrund, einem sachlichen Ziel einzubringen. Ich bedaure dies, möchte dies aber voranschicken, weil auch die CDU-Fraktion, von einem einzelnen Antrag abgesehen, der eine besondere Bedeutung hat, auch nur einen EntschlieBungsantrag einbringen wird, und das in dem Bewußtsein, daß dies ein sehr bescheidener Beitrag ist. Aber die Haushaltslage auch des Einzelplans 04 läßt uns keine andere Möglichkeit. Der Einzelplan 04 ist, Herr Justizminister, was seine finanziellen Möglichkeiten angeht, ausgequetscht wie eine Zitrone. Auch Umschichtungen helfen nichts, und die wird man auch nicht erreichen - jedenfalls nicht glaubhaft erreichen -, wenn man Anträge stellt. Deshalb haben wir, obgleich es eine Fülle von Anträgen zur Sache zu stellen gäbe, hiervon abgesehen.

(C)

Ein EntschlieBungsantrag ist, wenn er auch nur eine Willensbekundung der Fraktion darstellt, eben doch notwendig, weil klargestellt werden muß, daß der Bereich der Rechtspflege neben allen überragenden Problemen der Energiepolitik, der Wirtschaftspolitik, all dem, was wir unter den Stichworten Kohle und Stahl in den vergangenen Tagen diskutiert haben, doch einer der Kernbereiche des modernen Rechtsstaates überhaupt und auch der Kernbereiche der Landespolitik ist, und zwar auch unter sozialstaatlichen Gesichtspunkten. Dieser Zustand des Mangels, der bestürzend ist und bleibt - das muß wenigstens zu dieser Stunde zu Protokoll gegeben werden -, ist nicht auf Dauer hinnehmbar.

(D)

Nehmen Sie die Rechtspflege! Die Verfahren haben von Jahr zu Jahr an Zahl zugenommen, ebenso die Dauer der Verfahren. Der Hinweis darauf, daß der Stillstand der Rechtspflege nicht eingetreten ist, ist begründet, weil die Arbeitsfreudigkeit und der Versuch der Richterschaft, wenigstens die Vielzahl der Prozesse noch in angemessener Zeit zu erledigen, einfach da ist. Aber an dem Umstand, daß ein Bürger, der sich mit einer Klage an ein Zivilgericht wendet, mehr als ein Jahr auf einen Termin zur Hauptverhandlung warten muß, ändert sich nichts. Ebenso ist es mit einem Behinderten, der sich mit einer Klage an das Sozialgericht wendet. Er muß mehr als ein Jahr warten. Auch ein Steuerpflichtiger, der sich an das Finanzgericht wendet, muß

(Dr. Klose (CDU))

- (A) unter Umständen bis zu vier Jahren warten, bis er eine Entscheidung bekommt. Ein Bürger, den die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft treffen, bekommt unter Umständen eine Einstellung mit einem hohen Bußgeldbescheid oder einen Strafbefehl. Er muß an der gründlichen Aufklärung seiner Sache zweifeln. Wenn Sie all dies zusammennehmen, wachsen die Zweifel der Bürger daran, ob sie in unserem Staate recht oder jedenfalls in angemessener Zeit recht bekommen.

Dies läßt sich nur lösen, indem man den gesamten Haushalt in das Blickfeld zieht und der Rechtspflege den Rang einräumt, den sie braucht.

Zum zweiten Bereich: Hier haben die Fraktionen der F.D.P. und der CDU am 27. April dieses Jahres einen Antrag zur Fortentwicklung des Strafvollzuges eingebracht. Die Fraktion der SPD hat einen Antrag mit vergleichbarem Inhalt vorgelegt. Wir haben darin die Kernpunkte unseres Anliegens beschrieben. Nach Gesprächen mit dem Bund der Strafvollzugsbediensteten und der Gewerkschaft ÖTV hat sich in mir der Eindruck verstärkt, daß es notwendig ist, daß das Denken in diesem Bereich nicht aufhört, daß nicht die Sicherheitsprobleme als die ersten Probleme dargestellt werden, sondern daß wir gemeinsam trotz angespannter Haushalts-situation den Versuch machen, doch auf dem Gebiet der Strafvollzugsentwicklung etwas weiter zu kommen. Es kann nicht so sein, daß die Errungenschaften der sechziger und siebziger Jahre allmählich abgebaut werden, daß Freizeit und Fortbildung, daß Arbeitsausbildung - und was auch immer damals unsere gemeinsam erworbenen Fortschritte gewesen sind - nicht weiter verfolgt werden.

- (B) Mich hat die Berichterstattung über ein Gutachten bestürzt, Herr Justizminister, das der Kriminologe und Strafrechtler Professor Schwind von der Universität in Bochum ausgearbeitet hat, in dem er zu der Feststellung kommt, daß der Gesichtspunkt der Resozialisierung - das wird auch bei allen anderen Aspekten, die der Strafvollzug berücksichtigen muß, immer die Kernaufgabe bleiben, weil es letzten Endes darauf ankommt, den Menschen, die gestraucht und straffällig geworden sind, die Chance zum Neuanfang zu geben -, der 1975 61,2 % Zustimmung gefunden hat, heute auf 26,5 % zurückgegangen ist. Professor Schwind sagt am Ende seiner Untersuchung nicht etwa: Damit ist der Fehlschlag der Resozialisierung erwiesen, sondern er sagt: Die Resozialisierung hat in unserem Lande bisher nie eine Chance gehabt.

(C) Nun werden wir das etwas zurückhaltender beurteilen. Aber die Aussage als solche muß uns doch eigentlich den Auftrieb dafür geben, an einer als richtig erkannten politischen Zielsetzung auch unter den veränderten Bedingungen, die wir im Bereich der finanziellen Möglichkeiten vorfinden, festzuhalten, damit das nicht einmal die beherrschende Meinung in unserem Lande ist und damit nicht die Funktion des Strafvollzuges nach modernem Verständnis völlig in Frage gestellt wird. Auch das ist Gegenstand unseres Entschließungsantrages.

Dritter Punkt. Wir haben einen Antrag vorgelegt, der sich auf den Titel "Anteil des Landes an den Kosten der Zentralen Erfassungsstelle in Salzgitter" bezieht. Um was es geht, wissen Sie. Nach dem Mauerbau 1961 haben die Landesjustizverwaltungen beschlossen, eine zentrale Erfassungsstelle für bestimmte Verbrechen, die im Gebiet der DDR begangen worden sind, einzurichten. Es geht dort um schwerwiegende Delikte, um Tötungshandlungen einschließlich des Versuchstatbestandes, um Terrorurteile, um politische Verdächtigungen und um Mißhandlungen im Strafvollzug. Die Landesregierung hat bereits im Sommer dieses Jahres erklärt, daß für diese Erfassungsstelle keine Notwendigkeit mehr gegeben sei. Ursprünglich stand im Haushaltsentwurf noch der Ansatz von 50 000 DM, mit denen sich das Land beteiligt. Ich ging davon aus, daß alles beim alten bleibt. Die SPD-Fraktion hat dann einen Kürzungsantrag gestellt.

(D) Wir widersprechen dem Kürzungsantrag, uns zwar deshalb, weil wir der Überzeugung sind, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt die Zentrale Erfassungsstelle noch notwendig ist.

Ministerpräsident Vogel von Rheinland-Pfalz hat recht, wenn er sagt: Das ist kein ehernes Gesetz für uns. Aber es ist notwendig, weil die Beachtung der Menschenrechte in der DDR nach wie vor jedenfalls nicht nach den Maßstäben erfolgt, die bei uns gelten oder die nach der Schlußakte der Konferenz von Helsinki vom 1. August 1975 gelten müssen. Deshalb muß das fortgesetzt werden.

Aber ich sage ebenso in aller Deutlichkeit, daß ich der Überzeugung bin, daß im Zuge der weiteren Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland auch Chancen bestehen, indem nämlich der Schießbefehl endgültig beseitigt wird - Mißhandlungen in den Anstalten sind bisher nicht mehr bekannt geworden -, daß dies auch in Zukunft beseitigt werden kann. Aber das kann nicht eine Sache einseitigen Abstandnehmens von dieser Institution sein,

(Dr. Klose (CDU))

- (A) sondern das muß auch zum Gegenstand der Verhandlungen gemacht werden. Ich bleibe nach wie vor der Meinung, daß es richtig ist, wenn gesagt wird: Wenn diese Stelle auch nur noch dadurch einen Zweck erfüllt, daß sie allen, die auf der anderen Seite der Grenze als Angehörige, als Soldaten der Volksarmee tätig sind, vor Augen führt und ins Bewußtsein bringt, daß es unrecht ist, einen Menschen zu töten, wenn er sich von dem einen Teil Deutschlands in den anderen begeben will, wenn es uns also gelingen sollte, nur einen davon abzuhalten zu schießen, ist die Notwendigkeit dieser Erfassungsstelle noch gegeben. Ich bin aber davon überzeugt, daß sich das ändern kann.

Wir waren mit einer Kommission des Rechtsausschusses in der Volksrepublik Polen. Wir haben dort erlebt, was sich an Veränderungen im Bereich der Rechtspflege vollzieht. Selbst in der Sowjetunion gibt es Ansätze - wir reden ja alle von Perestroika - und in Ungarn. Selbstverständlich bin ich davon überzeugt, daß diese Entwicklung nicht an der DDR vorbeigehen wird.

Sie wissen, ich habe mit dem Vorsitzenden des Staatsrats der DDR, Herrn Honecker, am 9. September im Beisein des Herrn Ministerpräsidenten über eine bestimmte Frage ein Gespräch führen können. Ich habe die Bitte geäußert, die Menschen, die jetzt im Wege der Amnestie aus den Strafanstalten der DDR entlassen werden, auch in die Bundesrepublik mit ihren Familienangehörigen ausreisen zu lassen. Herr Honecker hat in verständnisvoller Weise gesagt, jeder, der es wünsche, werde ausreisen dürfen. Wir haben heute Presseartikeln entnehmen können, daß sich diese Absicht offensichtlich verwirklichen läßt.

(B)

Wenn dies aber so ist, dann, meine ich, ist es zur Zeit nicht richtig, die Erfassungsstelle zu beseitigen, die Unterstützung dieses Landes einzustellen. Es ist aber richtig, mit denjenigen, mit denen man menschliche Verbesserungen im Sinne der Schlußakte von Helsinki erreichen will, auch über all diese noch offenstehenden Fragen zu sprechen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb bitte ich die Kollegen von der SPD-Fraktion, diesem finanziell nicht sehr bedeutenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion ihre Zustimmung zu geben.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Denzer: Ich danke Ihnen, Herr Abgeordneter. - Für die Fraktion der SPD hat nunmehr Frau Abg. Morawietz das Wort.

- Frau Morawietz (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Justizhaushalt soll dazu beitragen, die Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen nicht nur aufrechtzuerhalten, sondern sie gerade im Blick auf aktuelle Herausforderungen weiter zu stärken. Mit Ihrem Entschließungsantrag, meine Damen und Herren von der CDU, ist das sicherlich nicht zu erreichen. Wir alle kennen die Bedingungen, mit denen wir es heute in der Rechtspflege zu tun haben: mit steigender Aufgabenflut und mit der Personalknappheit, nicht zuletzt wie in anderen Ressorts auch mit einer schwierigen Finanzlage und der Notwendigkeit, weiter zu konsolidieren. (C)

Für die SPD-Landtagsfraktion möchte ich mich bei allen im Bereich der Justiz Tätigen bedanken, die vor diesem Hintergrund tagtäglich dazu beitragen, die Aufgaben der Justiz im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes sachgerecht zu erfüllen.

(Beifall bei der SPD)

Mit dem Justizhaushalt 1988 versuchen wir, trotz aller Schwierigkeiten wieder einen Beitrag zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen zu leisten. Das bedeutet im einzelnen:

Erstens: Es gibt trotz der schwierigen finanziellen Situation des Landes keinerlei linearen Stellenabbau.

Zweitens: Durch diese wichtige Entscheidung wird die Justiz in die Lage versetzt, durch aufgabenkritische Umwandlungen 84 neue Stellen zur Verstärkung bestimmter Bereiche einzusetzen. (D)

Drittens: Die Justiz wird auch 1988 einen erheblichen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten.

Was die Lage der Justiz angeht, wissen wir, daß die Arbeitsbelastung bei den Gerichten erneut angestiegen ist. So haben beispielsweise die Eingänge in der zivilen Gerichtsbarkeit von 1980 bis 1986 um knapp 150 000, das heißt um 30 % zugenommen. Wir tun, was möglich ist, beispielsweise durch zusätzliche 29 Richterstellen im nächsten Jahr, die durch Umschichtungen geschaffen werden. Dazu kommt, daß die SPD-Fraktion beantragt hat - dies ist Gegenstand der Beschlußfassung des Haushalts- und Finanzausschusses -, im Bereich der Finanzgerichtsbarkeit zusätzlich 23 Stellen, nämlich Planstellen für Richter und entsprechende Stellen für Angestellte in der Gerichtsverwaltung, neu zu schaffen. Wir wollen hier, wo die Engpässe in der Rechtspflege am größten sind, kurzfristig Abhilfe schaffen.

(Frau Morawietz (SPD))

- (A) Trotz der nicht unbeträchtlichen Personalvermehrung bei den Finanzgerichten und einer Steigerung der Erledigungen sowohl absolut als auch je Richter konnte die Zahl der Eingänge aufgrund der starken Zunahme um rund 200 % von 1974 bis 1986 nicht aufgefangen werden. Dies hat zu einer übermäßigen Belastung der Finanzgerichtsbarkeit, einer überlangen Verfahrensdauer und zu einer ständig wachsenden Zahl unerledigter Verfahren geführt. Diese Entwicklung ist bei nahezu allen Finanzgerichten in den Bundesländern und beim Finanzhof zu beobachten. Entscheidender Grund hierfür ist, daß die Steuergesetze zu kompliziert geworden sind. Eigentlich müßte die Konsequenz sein, daß das Steuerrecht insgesamt vereinfacht wird, um die Akzeptanz steuerrechtlicher Regelungen nachhaltig zu fördern.

Tatsächlich ist aber in Bonn nur von Steuer-senkungen die Rede mit ihren negativen Auswirkungen für das Land und für die Kommunen die Rede. Die Überlastung der Finanzgerichte bleibt wegen Untätigkeit des Bundesgesetzgebers ein Zustand, mit dem wir weiterhin leben müssen.

Mehr Richter sind nicht mit mehr Gerechtigkeit gleichzusetzen. Das ist eine Binsenwahrheit. Wir sind der Überzeugung, daß auch durch eine Ausschöpfung der Binnenressourcen zu einer Stärkung der Rechtspflege beigetragen werden kann. Der SPD-Arbeitskreis Recht hat vor einem halben Jahr Gespräche mit Verbänden und Gewerkschaften geführt, um die verfahrensmäßigen und organisatorischen Möglichkeiten auszuloten, die die Rechtspflege entlasten und den Rechtsschutz des Bürgers wirksamer, schneller und gerechter gestalten können, ohne ihn zu schmälern. Die Ergebnisse werden wir noch auswerten. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu sehen - an dieser Feststellung geht einfach kein Weg vorbei -, daß das Land mehr Richterstellen nicht finanzieren kann. In der Entlastungsdiskussion werden wir nur dann wesentliche Fortschritte erzielen, wenn der Bund endlich die notwendigen Maßnahmen in Angriff nimmt.

(Reinhard (SPD): Sehr gut!)

Den Verlautbarungen des Bundesjustizministeriums ist zu entnehmen, daß in den Bereichen Rechtspflege, bürgerliches Recht, Strafrecht, Handels- und Wirtschaftsrecht sowie öffentliches Recht Handlungsbedarf gesehen wird. Tatsächlich stehen Maßnahmen aber noch aus. Selbst da, wo die Entlastungsnotwendigkeit auf der Hand liegt,

nämlich bei den finanzgerichtlichen Verfahren, zeigt sich auf Bundesebene kein Fortschritt. (C)

(Frau Robels (CDU): Ach nein, ist es denn möglich; jetzt bringen Sie wieder den Bund!)

Zwar ist das Entlastungsgesetz für den Bundesfinanzhof vom Bundestag verlängert worden, der Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages sah sich aber auch genötigt, die Bundesregierung aufzufordern - ich zitiere mit Erlaubnis der Frau Präsidentin -, "bis Mitte März nächsten Jahres eine Konzeption vorzulegen, wie eine dauerhafte Regelung aussehen kann, die den Bundesfinanzhof entlastet und gleichzeitig einen zeitnahen und wirkungsvollen Rechtsschutz in der Finanzgerichtsbarkeit gewährleistet". Nichts kann deutlicher die Tatenlosigkeit des Justizministers zeigen. Statt dessen werden von der in Bonn regierenden Mehrheit wichtige rechtspolitische Ansätze niedergestimmt, die unsere Landesregierung im Bundesrat eingebracht hatte.

(Zustimmung des Abg. Klütsch (SPD) - Frau Robels (CDU): Frau Morawietz! - Klütsch (SPD): Die kennen sich da nicht aus in Bonn! Sonst wüßten sie das alles!)

- Das müssen Sie ertragen, Frau Robels; wir müssen auch viel hinnehmen.

Ich meine damit den Entwurf eines ersten Gesetzes zur Verbesserung des Umwelthaftungsrechts und des Umweltstraf- und -ordnungswidrigkeitenrechts. Der Bundesrat hat zu dieser Initiative am 6. November 1987 beschlossen, den Gesetzentwurf nicht beim Bundesrat einzubringen. (D)

(Klütsch (SPD): Hört, hört!)

Ich denke, daß wir Sozialdemokraten bei dieser Sachlage keine rechtspolitischen Belehrungen von CDU und F.D.P. zu akzeptieren haben.

(Klütsch (SPD): So ist es.)

Ich nenne auch die Reform der Untersuchungshaft und die Reform des Jugendgerichtsgesetzes, wo die Bonner Koalition bis heute Antworten schuldig geblieben ist.

Lassen Sie mich noch einen Antrag unserer Fraktion begründen. Wir haben eine einmalige Zuwendung von 37 800 DM vorgesehen, um das Modellprojekt "Die Waage" in Köln im kommenden Jahr abzusichern. Dabei handelt es sich um eine Einrichtung, mit der seit 1985

(Frau Morawietz (SPD))

- (A) versucht wird, im Jugendbereich einen Täter-Opfer-Ausgleich herbeizuführen. Die Jugendlichen sollen durch Beziehungen zum Opfer ein Stück Wiedergutmachung leisten.

(Klütsch (SPD): Das wollen die wieder streichen! - Widerspruch der Frau Abg. Robels (CDU))

Durch die zusätzlichen Mittel können wir sicherstellen, daß der Verein auch 1988 seine von den Gerichten inzwischen anerkannte Arbeit fortsetzen kann.

Zum Deckungsvorschlag ist folgendes zu sagen: Die SPD-Landtagsfraktion will mit der Landesregierung die finanzielle Beteiligung des Landes an der Zentralen Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter-Bad beenden. Ebenso wie Nordrhein-Westfalen werden sich auch die Länder Bremen, Hamburg und das Saarland ab dem Jahre 1988 nicht mehr an den Kosten dieser Einrichtung beteiligen.

(Goldmann (CDU): Welche Gründe habt ihr denn dafür?)

- Jetzt komme ich dazu. - Nach unserer Auffassung garantiert die Zentrale Erfassungsstelle den Bürgern in der Deutschen Demokratischen Republik kein Mehr an Freiheit. Für die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden in der Bundesrepublik ist sie ohne nennenswerte Effektivität. Die Staatsanwaltschaften und Gerichte in der Bundesrepublik sind ohnehin ausreichend in der Lage, Delikte zu verfolgen und zu ahnden, wenn sich Straftäter auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland begeben.

(Abg. Goldmann (CDU) meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

- Darf ich noch den Satz zu Ende führen, da dies der wesentliche Satz ist? - Die Zentrale Erfassungsstelle paßt nicht mehr in das Bild der gewandelten deutsch-deutschen Beziehungen. Das möchte ich an der Stelle festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Sie gestatten eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Goldmann? - Bitte schön, Herr Abgeordneter!

Goldmann (CDU): Frau Kollegin, sind Sie mit mir der Auffassung, daß die Menschenrechtsverletzungen der DDR nicht mehr in das Klima der gegenseitigen Beziehungen passen, und würden Sie mir bitte auch die Frage beantworten, welche Staatsanwaltschaften zur Zeit die Menschenrechtsverletzungen der DDR registrieren?

Frau Morawietz (SPD): Die Frage nach der Registrierung kann ich Ihnen nicht beantworten, (C)

(Goldmann (CDU): Aha! Wer macht das denn?)

aber daß Menschenrechtsverletzungen in kein System passen, da stimme ich Ihnen voll zu.

(Beifall bei der SPD - Goldmann (CDU): Wenn Sie die abschaffen, wer macht dann die Registrierung?)

- Die werden gehandelt, und das ist das Wesentliche.

(Goldmann (CDU): Sie müssen erst registriert werden, bevor sie gehandelt werden können!)

- Ich danke schön.

(Goldmann (CDU): Die Frage ist noch nicht beantwortet!)

- Doch, die Frage ist beantwortet: Die werden gehandelt, und darauf kommt es uns an, nicht auf die Registrierung, da davon niemand etwas hat.

Im übrigen ist die diesjährige Arbeit im Rechtsausschuß mit durch Initiativen unserer Fraktion geprägt worden, zehn Jahre nach dem Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes eine Bilanz über die Ergebnisse des Resozialisierungsvollzugs zu ziehen. Dies ist begleitet worden durch Grundsatzanträge unserer Fraktion und der Opposition zum Strafvollzug bzw. zur Kriminalpolitik in Nordrhein-Westfalen. Für den 24. Februar 1988 haben wir eine umfassende Anhörung von Sachverständigen zu diesem Komplex vorgesehen. (D)

Wir haben allen Grund, den Strafvollzug weiterhin als wichtiges rechtspolitisches Feld anzusehen. Das ist nach den vorliegenden Anträgen wohl die Auffassung aller Fraktionen in diesem Haus, und ich bin Herrn Dr. Klose für die deutlichen Worte dankbar, die er vorhin gesprochen hat; denn Schlagzeilen der Art, wie er sie zitiert hat, müssen uns beunruhigen. Da heißt es etwa in der "Neuen Rhein-Zeitung" vom 12. November 1987: "Immer mehr Leuten ist der Knast noch viel zu lasch." Es wäre bedauerlich, wenn zuträfe, was der Bonner Strafrechtsprofessor und Präsident der Deutschen Kriminologischen Gesellschaft, Hans-Dieter Schwind, berichtet hat. Ich zitiere - mit Erlaubnis der Frau Präsidentin - aus der "Süddeutschen Zeitung" vom 7. November 1987. Dort heißt es: "Das

(Frau Morawietz (SPD))

- (A) Trugbild vom fidelen Knast findet immer mehr Anhänger."

Ich meine, daß zurückgehende Gefangenenzahlen jetzt endlich dem Vollzug die Möglichkeit geben müssen, das verstärkt zu praktizieren, was wir unter "Behandlungsvollzug" verstehen und was im Strafvollzugsgesetz seit nunmehr zehn Jahren festgeschrieben ist. Darin dürfen wir uns nicht beirren lassen, wenn wir die Rückfallquote verringern wollen, und ich glaube, darauf kommt es im Strafvollzug einzig an. Vielleicht ist es aber auch notwendig, die Öffentlichkeit noch stärker als bisher über die wirklichen Verhältnisse im Strafvollzug und über unsere Ziele aufzuklären. Es sind doch immer nur spektakuläre Einzelfälle, die falsche Vorstellungen über das hervorrufen, was in unseren Justizvollzugsanstalten an Resozialisierungsarbeit geleistet wird und überhaupt geleistet werden kann.

Lassen Sie mich abschließend sagen, daß der vorliegende Justizhaushalt für das Jahr 1988 nach unserer Überzeugung trotz aller Zwänge die Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen stärken wird. Deshalb stimmt die SPD-Fraktion dem Einzelplan 04 entsprechend der Beschlußempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses zu.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der F.D.P. spricht Herr Abg. Ruppert.

Ruppert (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben hier vor knapp 14 Tagen eine Debatte über innere Sicherheit geführt. Ich will heute nicht nachkarten; aber der Anlaß für diese Debatte zeigt doch, daß der Rechtsfrieden ein Gut ist, das viel labiler ist, als mancher von uns die ganze Zeit über gedacht hat. Das Rechtsbewußtsein ist keineswegs so selbstverständlich, daß wir nicht ständig gemeinsam darum kämpfen müßten.

(Klüttsch (SPD): Es wackelt vor allem bei der F.D.P.!)

Es hat gestern große Unruhe erzeugt, als mein Kollege Dr. Schaumann auf die Vorgänge in und um Rheinhausen eingegangen ist. Aber ist nicht die Frage wirklich erlaubt, die die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" gestellt hat:

Ist das zielgerichtete Herbeiführen eines Verkehrschaos von der Rechtsordnung gedeckt?

Macht es nicht nachdenklich, wenn man zum gleichen Vorgang in der "Süddeutschen Zeitung" liest:

Die Polizei beschränkte sich auf die Umleitung des Verkehrs und war den Arbeitern mitunter gar bei den Absperrungen behilflich.

(Zurufe von der SPD)

Ich richte nicht, aber - -

(Blumenberg (SPD): Mit der Steuerhinterziehung können Sie das vergleichen! Da hätte der Lambsdorff mal was tun können!)

Ich richte nicht. Ich habe auch Verständnis für jeden, der um seine Existenz ringt. Aber Recht, meine Damen und Herren, darf weder zum Recht des Stärkeren werden, noch darf man es auf dem Weg des geringsten Widerstandes suchen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich will auch auf das Thema eingehen, das die beiden Kollegen vor mir angesprochen haben: die Untersuchung von Professor Schwind in Bochum. Es ist kein parteipolitisches Thema, sondern es muß von uns allen als Niederlage empfunden werden, wenn wir feststellen, daß immer mehr Bundesbürger am Sinn der Resozialisierungspolitik zweifeln, die wir seit zehn Jahren betreiben. Es ist gut, daß wir uns im Rechtsausschuß - und wir werden das demnächst auch in einer Anhörung tun - gemeinsam diesem Thema widmen, und keiner von uns tut das bisher mit dem Ziel, das alles wieder auf den Kopf zu stellen. Aber es ist eine Niederlage für uns alle, wenn sich hier so das Bewußtsein und das Verständnis der Öffentlichkeit dem Resozialisierungsvollzug gegenüber ändert.

Lassen Sie mich das Thema Rechtsfrieden und Rechtsbewußtsein noch von einem anderen Punkt aus angehen! Es ist auch kein Fortschritt im Rechtsbewußtsein, wenn immer mehr Bürger meinen, sie müßten sehr schnell den Weg zum Gericht tun. Der Justizminister hat - ich glaube, im vorvergangenen Jahr - selbst das Beispiel genannt: Wir haben bei der Prozeßkostenhilfe 1980/81 einmal mit 50 Millionen DM angefangen. Heute sind wir bei der dreifachen Summe.

Ich sage nicht, daß Leute ihr Recht nicht suchen sollen; aber wir alle sollten wieder mehr zu dem Bewußtsein kommen, daß der Weg zum Gericht nur die Ultima ratio sein kann und daß Rechtsfrieden eher dadurch

(C)

(D)

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) entsteht, daß sich Menschen untereinander und miteinander einigen können.

Diese Entwicklung hat ja erhebliche Folgen auch für die Justiz. Alle haben von der Belastung der Justiz geredet. Ich habe durchaus mit Genugtuung in den Beratungen des Rechtsausschusses feststellen können, daß die beiden anderen Fraktionen so wie wir das Problem erkannt haben, daß man die dritte Gewalt auch personell ausreichend ausstatten muß. Das, was heute an Änderungen kommt, ist sicher nur ein kleiner Schritt; aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Daß gerade bei der Finanzgerichtsbarkeit die Belastung ganz erheblich ist und zu kaum noch hinnehmbaren, ja, zu nicht mehr hinnehmbaren Verzögerungen der Verfahren geführt hat, die fast bis hin zur Rechtsverweigerung gehen, habe ich bereits mehrfach dargelegt. Das ist auch durch eine Anfrage, die ich gestellt habe, deutlich geworden.

Herr Kollege Klütsch hat hier einmal gesagt: Wo andere Geld brauchen, brauchen die Rechtspolitiker nur Phantasie. Ich nehme an, daß er das nicht ganz so ernst gemeint hat; denn natürlich brauchen auch wir Geld. Aber es ist schon richtig: Mit Geld allein, mit Personalstellen allein wird sich das Problem auf Dauer nicht lösen lassen.

(Reinhard (SPD): Sehr gut, jawohl!)

- (B) Phantasie hat jedenfalls der Justizminister mit Ankündigungen auf diesem Gebiet gehabt. Er hat gesagt - und das unterstreiche ich -: Es gilt Vorkehrungen zu treffen, daß unser Rechtsgewährungssystem nicht aus dem Gleichgewicht gerät.

Die Regierungserklärung sagt dazu: Die Landesregierung wird Vorschläge für eine Reform des Systems der Rechtsgewährung zur Diskussion stellen. Der Justizminister sagt: Ziel eines solchen Konzeptes muß es sein, den Rechtsschutz der Bürger wirksamer, schneller und gerechter zu gestalten, ohne ihn zu schmälern. Nur: Wo bleiben die Vorschläge? Die Legislaturperiode ist zur Hälfte um. Wir warten darauf.

Wir warten auch darauf, daß der Justizminister endlich auf unseren Vorschlag eingeht, die Generalstaatsanwälte aus einem Korsett zu nehmen, in das sie nicht hineingehören, nämlich aus dem der politischen Beamten. Hier wäre, Herr Minister Krumsiek, sehr schnell die Zusage zu realisieren, die Sie damals gegeben haben: daß Sie es als Ihre vornehmste Pflicht betrachten, der richterlichen

Unabhängigkeit jederzeit Geltung zu verschaffen und auch den bloßen Anschein einer Einflußnahme zu vermeiden. Der Schritt, den wir vorgeschlagen haben, wäre ein einfacher. Er kostet auch nichts. Er wäre ein Fortschritt im Rechtsbewußtsein.

(C)

(Klütsch (SPD): Die Generalstaatsanwälte wollen das gar nicht!)

Weitere Impulse wollte die Landesregierung bei neuartigen Formen der Kriminalität setzen: der Umwelt-, der Wirtschafts-, der Banden-, der Betäubungskriminalität, auch der organisierten Kriminalität. Ich habe diese Impulse bisher so deutlich wie Frau Kollegin Morawietz nicht feststellen können. Die Opferhilfe sei eine gesellschaftliche Aufgabe, hieß es im Arbeitsprogramm des Justizministers. Nach zweieinhalb Jahren, nach der Hälfte der Legislaturperiode, darf man da ja wohl mal nachfragen, was gekommen ist. Bisher ist nichts gekommen.

Zur Reform der Untersuchungshaft haben Sie zwar, Herr Minister, eine Presseerklärung von sich gegeben, die ich in der Tendenz durchaus teile, nämlich daß wir versuchen sollten, daß weniger Menschen in Untersuchungshaft kommen. Aber konkrete Vorschläge haben Sie bisher auch nicht präsentiert.

Und Sie haben - zutreffend - festgestellt, daß die Arbeitsmarktlage der jungen Juristen zunehmend schwieriger wird. Sie haben in Ihrem Arbeitsprogramm gesagt - ich zitiere einmal -:

(D)

Der Justizminister wird mit dafür Sorge zu tragen haben, daß den in der Ausbildung befindlichen jungen Juristen Informationen schriftlicher und mündlicher Art unterbreitet werden, die ihnen die Chance eröffnen, außerhalb des traditionellen Bereichs der juristischen Berufe Fuß zu fassen.

Auch da warten wir noch auf Ihre Vorschläge.

(Diegel (CDU): In der Tat!)

Herr Kollege Klütsch, Sie haben hier - ich glaube, das war im vergangenen Jahr - gesagt, das alles sei offenbar deswegen nicht besser, weil die Opposition dem Justizminister nicht ausreichend Beine gemacht habe. Herr Klütsch, nun kann natürlich keiner aus einem Ackergaul ein Rennpferd machen,

(Heiterkeit)

(Ruppert (F.D.P.))

- (A) aber die Opposition wird immer bemüht bleiben, dem Justizminister auch weiterhin Beine zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen der F.D.P.)

Frau Vizepräsident Friebe: Für die Fraktion der CDU spricht Herr Abg. Diegel.

Diegel (CDU): Ich verzichte.

Frau Vizepräsidentin Friebe: Sie verzichten. - Dann erteile ich das Wort Herrn Minister Krumsiek.

(Reinhard (SPD): Der Ackergaul kommt.)

Dr. Krumsiek, Justizminister: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es wäre natürlich sehr reizvoll, sich jetzt des Vokabulars der Landwirtschaft weiter zu bedienen und festzustellen, wie flach Herr Kollege Ruppert hier gepflügt hat. Aber ich will das bewußt nicht fortsetzen. Aber auf eine Bemerkung von Herrn Kollegen Ruppert möchte ich doch eingehen: Ich bin ihm dankbar, daß er mich so häufig zitiert hat. Wenn ich mich mit diesen Zitaten auseinandersetzen würde, würde ich meine Redezeit überschreiten.

- (B) Ich will auf die Vorgänge in Duisburg noch einmal eingehen. Sie haben hier die Frage aufgeworfen, ob das durch unsere Rechtsordnung gedeckt sei. Sie wissen, daß wir zur Zeit sehr schwierige Diskussionen über eine Neuformulierung des § 240 Strafgesetzbuch, des Nötigungsparagraphen, führen. Da soll der Absatz 2 geändert werden. Es kann doch wohl nicht richtig sein, daß Bauern und Studenten demonstrieren dürfen, daß aber die Arbeiter, die um ihren Arbeitsplatz kämpfen, sich nicht auf die Straße setzen dürfen.

(Beifall bei der SPD - Frau Robels (CDU): Darum geht es überhaupt nicht.)

Deswegen haben wir die Auffassung vertreten, daß diese Art des Arbeitskampfes eine Ausformung des Demonstrationsrechtes ist, und wir stellen mit Respekt fest, mit welcher Disziplin dieser Arbeitskampf um die Erhaltung des Arbeitsplatzes durchgeführt worden ist.

(Erneut Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe zu danken dafür, daß in der Finanzgerichtsbarkeit 23 Stellen neu geschaffen werden. Mit den Umschichtungen sind wir in der Lage, sechs

(C) Senate neu einzurichten. Wir glauben, daß wir damit jedenfalls einen Teil unserer Schwierigkeiten abbauen. Ich weiß aber, daß wir durch mehr Richterstellen allein die Probleme der Justiz nicht lösen können. Das hat der Präsident des Bundesverwaltungsgerichtes gestern noch einmal in einem Interview zum Ausdruck gebracht, und er hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Lösung des Problems nur in der Abkürzung der Verfahren gesehen werden kann. Hier hat das Land keine Zuständigkeit; hier ist der Bund zuständig.

Lassen Sie mich auch einige wenige Worte zum Vollzug sagen. Herr Kollege Klose, es hat mich genauso mit Sorge erfüllt wie Sie, was Professor Schwind dort untersucht hat. Aber ich frage Sie: Sind wir nicht ein bißchen mitschuldig an dieser öffentlichen oder veröffentlichen Meinung, wenn das Bundesland Bayern mit Unterstützung anderer Bundesländer keine Gelegenheit ausläßt, um den Sühnegedanken in den Vollzug wieder einzuführen? Wir haben nicht vor, irgendwelche Änderungen an den Vollzugszielen vorzunehmen, und wir haben inzwischen in Nordrhein-Westfalen ein ausgesprochen gutes Personalverhältnis. Wir haben ein Verhältnis, wonach rechnerisch auf 1,88 Gefangene ein Betreuer kommt. Das ist das beste Verhältnis in allen Flächenländern der Bundesrepublik.

(D) Meine Damen und Herren! Meine eigentliche Wortmeldung geht zurück auf das, was Sie zu Salzgitter gesagt haben. Ich glaube, wir können feststellen, daß wir heute nicht mehr so weit auseinander sind in dieser, wie ich zugebe, sehr diffizilen Frage wie vor Jahren oder noch vor Monaten. Ich habe im Juli dieses Jahres an meine Justizministerkollegen geschrieben und habe versucht, eine Begründung dafür zu geben, warum wir Salzgitter nicht mehr weiter finanzieren wollen. Es gibt über Salzgitter keine Vereinbarung. Pikanterweise hat Niedersachsen 1963 den Abschluß einer Vereinbarung abgelehnt.

(Goldmann (CDU): Eine mündliche Vereinbarung.)

- Natürlich gibt es auch Verträge - staatsrechtlich - durch konkludentes Handeln, Herr Kollege. Aber hier ist es doch so, daß der hessische Kollege Gerhardt noch im letzten Jahr Salzgitter als ein Relikt des kalten Krieges bezeichnet hat.

(Goldmann (CDU): Völlig falsch!)

- Nein, das ist richtig. Das ist nachzulesen.

(Goldmann (CDU): Ist aber trotzdem falsch!)



(Minister Dr. Krumsiek)

- (A) Und der Staatssekretär Hennig, der Ihrer Partei zuzurechnen ist, hat sich ebenso für die Auflösung von Salzgitter ausgesprochen. Dies dürfen doch nicht nur Erklärungen in Wahlkämpfen sein, sondern dazu muß man doch anschließend stehen, zumal das ja eine Erklärung eines Mitglieds der Bundesregierung war.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Goldmann?

(Minister Dr. Krumsiek: Aber bitte.)

- Bitte sehr!

Goldmann (CDU): Herr Minister, räumen Sie ein, daß Sie Herrn Staatssekretär Dr. Hennig falsch zitiert haben?

(Minister Dr. Krumsiek: Wie will er sich denn verstanden wissen? - Heiterkeit bei der SPD)

- Daß Sein oder Nichtsein der Erfassungsstelle in Salzgitter von den Behörden und von den Aktionen der DDR abhängt und daß Sie deswegen gar nichts unternehmen müßten.

Dr. Krumsiek, Justizminister: Der niedersächsische Kollege hat eine Auflistung über die Zahl der eingeleiteten Ermittlungsverfahren erstellt. Die Ermittlungsverfahren, die in den Jahren nach 1961 eingeleitet worden sind, machen eine Zahl aus, die über 35 000 beträgt. Die Verfahren, die sich daran angeschlossen haben, lassen sich als ein paar Handvoll darstellen; sie können von dem niedersächsischen Kollegen nicht einmal exakt quantifiziert werden.

Da sage ich: Eine solche Dokumentationszentrale brauchen wir nicht mehr. Wenn es denn vertrauensbildende Maßnahmen zwischen den Blöcken gibt, dann muß es sie doch auch staatsrechtlich zwischen Nachbarn geben, die dieselbe Sprache sprechen.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Zurufe)

Frau Vizepräsident Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Doppmeier?

(Minister Dr. Krumsiek: Ja, bitte.)

- Herr Kollege, Sie haben das Wort zu einer Zwischenfrage. (C)

(Abg. Doppmeier (CDU) bei großer Unruhe im Saal: - Frau Präsidentin, würden Sie mir Gelegenheit geben, die Frage anzubringen!)

- Es geht darum, daß die Kollegen Ihre Frage verstehen möchten; bitte sprechen Sie mehr ins Mikrofon!

Doppmeier (CDU): Herr Minister, sind Sie nicht mit mir der Meinung,

(Anhaltende große Unruhe - Zurufe von der SPD - Glocke des Präsidenten)

daß Sie mit Ihrer Einlassung, die Sie soeben gegeben haben, das Hauptanliegen, nämlich die Wirkung, die von der Erfassungsstelle in Salzgitter in den Raum der DDR ausgeht, in einer sehr leichtfertigen Weise unterlaufen?

Dr. Krumsiek, Justizminister: Herr Kollege Doppmeier, ein Tötungsdelikt ist in der DDR genauso ein Tötungsdelikt wie bei uns.

(Zuruf von der CDU: Aber nicht bei Grenzsoldaten!)

Wenn die Täter zu uns kommen, werden sie verfolgt und wird ihre Tat geahndet. Das scheint uns auszureichen.

Von daher sind wir der Überzeugung, daß diese Erfassungsstelle in Salzgitter inzwischen eine Belastung der deutsch-deutschen Beziehungen geworden ist. (D)

(Zustimmung bei der SPD)

Aus diesem Grunde meinen wir, Ihnen vorschlagen zu sollen, die Haushaltstelle ermäßigen zu können. - Ich werde das morgen in der Justizministerkonferenz meinen Kollegen darstellen. Ich halte es für richtig, meine Auffassung zu begründen, wie ich das hier getan habe; angesichts des Volumens unseres Haushalts wäre es unangemessen, lediglich zu sagen, wir wollten das nicht mehr bezahlen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Vizepräsident Friebe: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor. Damit ist die Beratung geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. - Zunächst stimmen wir über den Anderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 10/2693 - Stichwort: Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter.